

## Zu Kanzler Schröders „Agenda 2010“

Bloß eine „Arbeitsrede“? „Keine Glanznummer“? Wieder nur ein paar völlig unzureichende „Schritte in die richtige Richtung“?

## Die große „Reformrede“ des Kanzlers zur „Zukunft des Sozialstaats“: Der sozialpolitische Paradigmenwechsel kommt voran

1.

Jetzt ist sie also endlich gehalten worden, die „Ruck-“, „Blut-, Schweiß- und Tränen-“ oder auch „Reformrede“ des Kanzlers, auf die die Nation so lange gewartet hat und mit der es in Deutschland „wieder aufwärts“ gehen soll. Die Opposition hat lange genug glaubwürdig demonstriert, dass sie die „Politik für Deutschland“ besser machen würde; die Öffentlichkeit hat die dazu passenden Maßstäbe für die Kritik an der Regierung mitentwickelt und vorbuchstabierte. Und der Souverän selbst, das Volk, hat der Regierungspartei SPD einen Denkkzettel für falsches Regieren in Gestalt dreier schwerer Wahlniederlagen beschert, so dass Schröder endlich „verstanden hat“ – nämlich: dass er Deutschland nur dann weiterhin regieren kann, wenn er seinem Volk *Tatkraft und Führungswillen* demonstriert und vor keinen Opfern zurückscheut, die er die einfacheren Teile seines Volkes erbringen lässt, damit „die Wirtschaft“ wieder wächst und den Leuten Arbeit gibt.

Weil es darum geht, geht es freilich um mehr als eine Rede. Die wird natürlich sorgfältig inszeniert und zum öffentlichen Großereignis hochgejubelt – „Eine Rede macht Berlin verrückt. Politiker, Verbände, Journalisten, alle rätseln im ‚Bild‘-Jargon: ‚Was kommt da auf uns zu?‘“ (Die Welt, 5.3.); streicht der Kanzler mehr am Kündigungsschutz oder mehr im Gesundheitswesen; darf die Wirtschaft auf einen „Befreiungsschlag“ hoffen; und vor allem: „Wie wird die Melodie klingen?“ (Die Welt, 7.3.); vermag der Kanzler die Menschen zu beeindrucken; „Schafft der Kanzler diese Woche die Wende?“ (Bild, 10.3.) und „rettet seine Regierung?“ Und natürlich liefern parlamentarische wie außerparlamentarische Opposition das passende Echo – „War das alles?“ fragt ‚Bild‘; und die Christlich-Liberalen geben, pflichtschuldigst „enttäuscht“, die Antwort: *zu wenig, zu kompromisslerisch*; West-erwelle sieht keinen „Ruck“ durch Deutschland gehen, sondern allenfalls ein „Rucklein“, Angela Merkel „nicht den großen Wurf“; auch wohlmeinende Rhetorik-Analysten haben nur eine „Arbeitsrede“ gehört und keine rhetorische Glanznummer, die „uns mitreißt“. Demokratische Freiheitshelden wollen von ihren Regierenden eben *Führung*, nichts als *Führung*: An dem Leitfadent entlang wird inszeniert und kritisiert, und die intellektuelle Elite der Nation ergeht sich hingebungsvoll in politischen Geschmacksurteilen darüber, ob und inwieweit eine wohlthuende „harte Hand“ in der Kanzlerrede zu spüren war und Schröder sich als der „starke Mann“ erwiesener hat, nach dem eben überhaupt nicht bloß Faschisten, sondern in „schwieriger Lage“ alle mündigen Bürger samt ihren demokratischen Meinungsbildnern seufzen.

Das Ganze hat aber ganz nebenbei auch einen *Inhalt*. Der kritische Führerkult dreht sich um nichts Geringeres als einen entschiedenen *Fortschritt in der Sozialstaatsräson der Republik*.

2.

Der fängt damit an, dass der sozialdemokratische Kanzler knapp zwei Wochen vor seiner Regierungserklärung die anberaumte Sitzung des „Bündnisses für Arbeit“, zur nicht geringen Überraschung der beteiligten Spitzenvertreter aus Wirtschaft und Gewerkschaft, beendet und das „Bündnis“ für „endgültig gescheitert“ erklärt. Begründung: Es sei „keine gemeinsame Linie zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften erkennbar gewesen“ – bislang immer der Auftakt, um sich als konsensorientierter Moderator und Schiedsrichter zwischen den gegensätzlichen Standpunkten in Szene zu setzen. Das Bemühen um Konsens wird jetzt ostentativ aufgekündigt; und alle verstehen sofort, gegen wen das geht: Schröder sucht die „Machtprobe“ mit den Gewerkschaften; er geht auf „Konfratationskurs“ zu den Arbeit-

nehmer-Organisationen. Denen tritt er entgegen wie der amerikanische Präsident der UNO: Er erklärt sein „Konzept“, das er „Punkt für Punkt“ durchsetzen werde, für „nicht mehr verhandelbar“, verlangt Zustimmung zu seinen Ansagen und lässt die Gewerkschaften wissen, dass nicht er ein Problem hat, wenn sie ihm die Zustimmung verweigern, sondern sie – sie diskreditieren damit sich als ernstzunehmende Gesprächspartner und brauchen sich nicht zu wundern, wenn sie als „Bremsen“ behandelt werden, auf die man keine Rücksicht nehmen kann:

„Mir kommt es darauf an, dass es nicht wieder zerredet wird von allen Seiten. Dass durch dieses Zerreden jeder Reformansatz kaputtgemacht wird. Es muss endlich auch einmal möglich sein, in Deutschland so etwas anzufangen, durchzusetzen und dann auch die Wirkungen sich anzuschauen, bevor dann wieder nächste Diskussionen geführt werden. Es geht jetzt darum, das, was ich vorgeschlagen habe, was in sich vernünftig ist für unser Land, umzusetzen.“ (Schröder in: Berlin direkt, 16.3.)

Und noch direkter: „Wenn die Gewerkschaften die Vorschläge pauschal ablehnen, dürfe darauf keine Rücksicht genommen werden, sagte der Kanzler.“ (SZ, 2.4.)

Angesichts dessen, was er sich durchzusetzen vorgenommen hat, erscheinen dem Kanzler die überkommenen und von ihm bisher gepflegten Umgangsformen mit den Gewerkschaften nicht mehr passend. Von dem bisherigen Verfahren, deren Interesse an mehr Beschäftigung und an konstruktiver Mitbestimmung über die dazu – „leider“ – nötigen Schritte auszunutzen, um ihnen die Zustimmung zu einer schrittweisen Verschlechterung der staatlich geregelten Arbeitsbedingungen abzurufen, verspricht er sich nichts für die „Veränderungen“, die er jetzt auf den Weg bringen will; im Gegenteil. Rücksichtnahme auf einen „sozialen Frieden“, zu dem die Arbeitnehmer-Organisationen deutscher Nation noch allemal bereit sind, wenn man sie nur „einbezieht“ und am Ende trium-

phierend verkünden lässt, sie hätten, wie immer das Ergebnis aussieht, „das Schlimmste verhindert“, wäre absolut *kontraproduktiv* für den „Wandel“, den der regierende Sozialdemokrat seiner Republik verordnet. Er will den Unvereinbarkeitsbeschluss, nicht die Arbeiterinteressen-Vertreter, die lieber beleidigt über eine „Absage an unsere Bereitschaft mitzuarbeiten“ lamentieren. Schröders „Agenda“ verträgt keine gewerkschaftsfreundlichen Beschönigungen. Sie ist nicht bloß Klassenkampf von oben – nämlich von Staats wegen –; der anberaumte Klassenkampf von oben will ausdrücklich *gewonnen* sein. Damit der *Sieg* so ausfällt wie geplant, braucht es einen eindeutigen *Verlierer*. Sonst wird nämlich am Ende doch nicht der „Paradigmenwechsel“ in der Sozialpolitik daraus, auf den die Regierung es ganz offensichtlich abgesehen hat.

3.

Gleich eingangs seiner Regierungserklärung stellt Kanzler Schröder klar, dass ihm nichts ferner liegt, als sich auf Ausflüchte einzulassen. Er jedenfalls hat nicht vor, sich auf die durch „die Krise um den Irak“ zusätzlich belastete, „*ohnehin labile Konjunktur*“ der Weltwirtschaft heraus- und um den heißen Brei herumzureden: Die „*Wachstumsschwäche*“, mit der Deutschland kämpfe, habe „*auch strukturelle Ursachen*“. Nämlich die folgenden:

„Die Struktur unserer Sozialsysteme ist seit 50 Jahren praktisch unverändert geblieben. An manchen Stellen, etwa (!) bei der Belastung der Arbeitskosten, führen Instrumente der sozialen Sicherheit heute sogar zu Ungerechtigkeiten. Zwischen 1982 und 1998 sind die Lohnnebenkosten von 34 auf fast 42 Prozent gestiegen. Daraus ergibt sich nur eine Konsequenz: Der Umbau des Sozialstaates und seine Erneuerung sind unabweisbar geworden. Dabei geht es nicht darum, ihm den Todesstoß zu geben, sondern ausschließlich darum, die Substanz des Sozialstaates zu erhalten. Deshalb brauchen wir durchgreifende Veränderungen ... Die Lohnnebenkosten

haben eine Höhe erreicht, die für die Arbeitnehmer zu einer kaum mehr tragbaren Belastung geworden ist und die auf der Arbeitgeberseite als Hindernis wirkt, mehr Beschäftigung zu schaffen ... Wir müssen aufhören – das ist der Kern dessen, was wir vorschlagen –, die Kosten von Sozialleistungen, die der Gesellschaft insgesamt zugute kommen, immer nur und immer wieder dem Faktor Arbeit aufzubürden.“

Um diese Ansage einmal Punkt für Punkt gerecht zu würdigen: Was ist los, wenn „die Lohnnebenkosten von 34 auf 42 Prozent“ steigen? Jeder weiß es, und wer es nicht weiß, dem sagt es die Opposition bei jeder Gelegenheit: Immer mehr *Lohnabhängige* sind *arbeitslos*, zahlen nichts mehr in die Sozialkassen ein, sondern müssen aus denen alimentiert werden. Genauer gesagt – auch das ist allgemein bekannt, von der Opposition freilich schon nicht mehr zu hören –: Immer mehr „Unselbständige“ werden von ihren „selbständigen“ Arbeitgebern *überflüssig gemacht*; mit marktwirtschaftlicher Notwendigkeit im Interesse und infolge des Konkurrenzkampfs, den die Unternehmen führen, und im Zuge des allgemeinen kapitalistischen Wachstums, das bis zu recht ansehnlichen Prozentsätzen mit gleich bleibenden oder sogar verminderten Belegschaften zu erwirtschaften geht. Die immer noch verdiente Gesamt-Lohnsumme wird folglich immer knapper für den Lebensunterhalt derer, die auf Lohn als Lebensmittel angewiesen sind, darauf auch dann angewiesen bleiben, wenn sie keinen mehr verdienen, und deswegen sozialgesetzlich – in Abhängigkeit von ihrem persönlichen Lohnempfänger-Schicksal – zu einer gewissen Teilhabe am verdienten Gesamtlohn berechtigt sind. Wenn der dafür umverteilte Teil der Gesamt-Lohnsumme steigt, dann zeigt das: Die *Kosten* eines kompletten Arbeiterlebens oder, was sozialkassenmäßig auf dasselbe hinausläuft, des Lebensunterhalts der Gesamtheit der Lohnabhängigen und der *Preis*, den die Arbeitgeber für die Arbeit zahlen, die sie für die Erwirtschaftung „schwarzer Zahlen“ brauchen, laufen auseinander; das sozialstaatliche Kunststück, dem *Gesamtpreis für Arbeit* in der Nation einen *Lebensunterhalt für die Gesamtheit der Arbeiter*

Fortsetzung Seite 3 Spalte 1 Mitte

### GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

## Vortrag mit Diskussion

### Gesundheit – Gesundheitswesen & Gesundheitsreform

## Ein Gut und sein zunehmend unbezahlbarer Preis

1. „Und vor allem Gesundheit!“ wird gewünscht anlässlich von Geburts- und Feiertagen. Gesundheit gilt als hohes, schnell verderbliches Gut; gesund zu sein als das größte Glück schlechthin. Das ist merkwürdig. Da wird die bloße *körperliche Voraussetzung* für alle möglichen Zwecksetzungen höher eingeschätzt als die Zwecke, die der Mensch verfolgt. Und so mancher macht Ernst mit dieser Umkehrung und erhebt die Gesundheit zu seinem – nach dem Geldverdienen – höchsten Interesse, dem er seine Freizeit opfert und dem er mit spezieller Ernährung, gezieltem Ausgleichssport und Entspannungsübungen dient. Und wo bleiben all die schönen Interessen, für die man seine Gesundheit braucht?

2. Offenbar ist die Gesundheit in dieser Gesellschaft ständig gefährdet; d.h. sie unterliegt einem erheblichen *Verschleiß*. Auch das ist merkwürdig. Denn die *Natur* als Krankheitsursache ist weitgehend ausgeschaltet. Große Volksseuchen gehören der Vergangenheit an, Infektionskrankheiten sind weitgehend beherrscht. Die Masse der Bürger leidet an sogenannten *Berufs- und Zivilisationskrankheiten*, also an Leiden, die von Arbeitswelt und Lebensstil produziert werden. Das muss ja eine Arbeitswelt sein, die ihre Leute systematisch kaputt macht. Ginge es bei der gesellschaftlichen Produktion um die Wohlfahrt der Produzenten, wäre deren gesundheitlicher Ruin durch die Produktion ein Unding. Anders herum: Verdiente eine Arbeit, die krank macht, nicht eine andere Antwort als verstärkte Nachsorge für die Gesundheit?

3. Das staatliche *Gesundheitswesen* betreut den flächendeckenden Verschleiß der Gesundheit. Den Kranken bietet sich ein riesiges Angebot von medizinischen Therapien, Apparaten und Pharmaka an. Aber nicht als staatliche Gratisgabe in Polikliniken. Das war ja eines

der größten planwirtschaftlichen Verbrechen. Sondern organisiert als *Gesundheitsmarkt*, auf dem der Privatmann *kaufen* muss, was für die Reparatur seiner angeschlagenen Gesundheit nötig ist. Dieser Markt kommt ohne staatliche Nachhilfe aber gar nicht erst in die Gänge: Den meisten Kranken fehlt dazu die Kaufkraft; Arbeit hierzulande macht nämlich nicht nur krank, sondern auch arm. Also hilft der Staat aus, nicht mit Geld, sondern mit seinem Zwang: Mit einer Krankenversicherungspflicht summiert er die Beiträge von Gesunden und Kranken zu einer Gesamtzahlungsmasse auf, die einen schönen Selbstbedienungsladen für Ärzte, Apotheker und die Pharmaindustrie hergibt. Die medizinische Zunft verdient daran, Kranke für ihre krankmachenden Lebensumstände fit zu halten. Und die Gesamtheit der Versicherten bezahlt die Leistungen, die der einzelne Kranke nicht bezahlen könnte.

4. Das hält die Gesundheitsministerin für höchst reformbedürftig. Die Trennung der Beitragszahlung von der „Nachfrage“, nach Gesundheitsleistungen bekämpft sie als einen Systemfehler, der nur zu Verantwortungslosigkeit und Verschwendung führt. Dass das Gesundheitswesen reformiert werden müsse, weil es nicht mehr bezahlbar sei, ist allerdings eine Lüge: Private Zuzahlungen steigen, das Krankengeld muss künftig von den Patienten allein finanziert werden, so dass eines klar ist: Billiger wird nichts! Was für den Bruttohohn unzumutbar ist, wird nur dem Nettolohn aufgebürdet! So werden die Lohnnebenkosten gesenkt: Die Reparaturkosten für die Lohnabhängigen, die es verbraucht, sind dem Lohn, den das Kapital zahlt, nicht mehr zuzumuten. Oder anders: Die Gesamtheit der Arbeiterklasse ist zu arm, um sich die Gesundheitsversorgung länger leisten zu können, die sie zum Aushalten ihres Verschleißes braucht. Nur daran krankt das Gesundheitswesen.

Donnerstag, 03. Juli 2003, 20.00 Uhr

K4 im Künstlerhaus (Ex-KOMM), Festsaal – Nürnberg, Königstr. 93

www.gegenstandpunkt.com / gegenstandpunkt@t-online.de

## Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

### Zur Einführung in die Sozialwissenschaften

# Gesellschaft in der Soziologie

#### 1. Gesellschaft ist das, wovon Soziologie die Wissenschaft ist

Das wäre banal? In der Soziologie keineswegs. Dort sieht man die Sache nämlich so:

„... geht es ... nicht darum, noch nicht okkupiert wissenschaftliches Terrain in der Welt der Tatsachen abzustecken. Da der Mensch in allen seinen Äußerungen als Gesellschaftswesen zu verstehen ist und deshalb (?) viele Wissenschaften sich seiner angenommen haben, kann die Soziologie auch nicht einfach eine Sammlung der Ergebnisse der Wissenschaften vom Menschen, von der Kultur, der Gesellschaft und der Geschichte liefern, sondern muss“ (wer zwingt sie eigentlich?) „durch Tatsachen, die als solche durchaus bekannt sein mögen, eine neue Linie legen. Gesellschaftliche Gegebenheiten sind einer neuen Abstraktion zu unterwerfen, mit eigenem Begriffsgerüst und eigener Methode.“ – wozu? dazu eben: – „um Soziologie als selbständige Wissenschaft zu konstituieren.“ (Grieswelle)

Noch vor der Benennung eines zu untersuchenden Gegenstandes führt die Soziologie zuerst einmal sich ein als Betrachtungsweise ohne spezielles „Tatsachenmaterial“. Eine ganze Bildersprache hat sie ausgebildet, um die quasi künstlerisch-subjektive Willkür als ihr Prinzip vorzuführen: „eine neue Linie legen“, „die Welt mit anderen Augen sehen“, „Scheinwerfer, die uns die Welt, in der wir leben, plötzlich in einem anderen Lichte zeigen“ usw. Ja, möchte da eine ganze Wissenschaft als Erweckungs-ideologie verstanden sein? Eine ganze Forscherzunft als Verein von Wiedertäufern? Das nun doch nicht; eine Wissenschaft möchte sie schon sein. Was ihre Gelehrten in gemeinsamer Anstrengung in die Welt hinein-„legen“, das soll irgendwie schon, und zwar als sehr wesentliche, ja überhaupt als die entscheidende Angelegenheit, in ihr drinliegen. Etwas noch Unentdecktes an allen Tatsachen, die schon längst von anderen Disziplinen untersucht werden, will die Soziologie mit ihren aparten „Scheinwerfern“ aufstöbert haben. Bloß: was? Dieses bislang noch unbekannt und dem naiven Menschenverstand verborgen geliebene Wesen wird methodisch ein- und vorgeführt als ein wahres Vexierbild: Fest steht erstens, dass es mit dem Bekannten und anderweitig Erforschten nichts zu tun haben soll. Haben die Konkurrenzdisziplinen da womöglich einen, am Ende den wichtigsten „Aspekt“ ihrer Gegenstände übersehen? Deutet sich da eine schonungslose Abrechnung mit den idealistischen Konstruktionen der übrigen Wissenschaften „vom Menschen“ an? Das nun auch wieder nicht. Soziologie als Betrachtungsweise eigenen Rechts – und dass sie ihr Recht hat, beweist die Tat: nichts als die Tat, die aber zur Genüge! – „konstituiert“ einen „Gegenstand eigenen Rechts“: ein Zwitterding, das weder ein bloß subjektiver Einfall noch ein antreffbarer Sachverhalt sein soll. Gesellschaft, so wie die Soziologie sie zu ihrem Thema macht, ist eine methodische Kunstfigur „mit eigenem Begriffsgerüst und eigener Methode“! Und was, bitteschön, lehren uns „Begriffsgerüst“ und „Methode“?

#### 2. Gesellschaft ist die Gesellschaftlichkeit

Dass alles, was die Leute von heute so treiben, nicht durch die Natur bestimmt ist, sondern durch gesellschaftliche Verhältnisse, die ihnen vorgegeben sind – diese Tatsache ist der Soziologie Anhaltspunkt und Anlass für eine unvergleichlich höhere – Tautologie: Was immer sie ihrer Aufmerksamkeit würdigt, sei, um ihm auf die Schliche zu kommen, „als gesellschaftlich“ zu betrachten. So inhaltslos und leer diese Identität tatsächlich ist, die die Soziologie mit ihrem „als“ entdeckt haben will, so sehr soll sie als maßgeblich, als „das Eigentliche“ gelten; als das „Wesen“, das

„– um eine Anleihe bei der lutherischen Sakramentaltheologie zu machen – in, mit und inmitten“ vieler verschiedener Bereiche menschlichen Handelns zugegen“ (Berger)

ist und deren tieferen Sinn ausmacht. Umschrieben wird diese bedeutungsschwangere Inhaltsleere, die die Soziologie professionell in die Welt hineinrentdeckt, als „Formen des Zusammenlebens der Menschen, deren Summe wir Gesellschaft nennen“ (Mannheim), als „System menschlicher Interaktion“ (Berger), als „Tatsache der Verbundenheit“ und Ähnliches. „Gesellschaft“ soll also sein, was von den

gesellschaftlichen Verhältnissen und Beziehungen übrig bleibt, wenn von deren Inhalt konsequent abgesehen wird: „Formen“, die gar nicht mehr die Formen irgendeines Inhalts, also „Formen“ von gar nichts Bestimmtem sein sollen. Konsequenterweise reduzieren sich diese „Formen“, deren Summe wir Gesellschaft nennen“, auf die bloße Beschreibung der Idee einer wohlkennbaren Anordnung – „System“ – von was? von „Interaktion“: dessen also, dass alles, was Menschen so mit- und gegeneinander betreiben, sich unter die räumliche Metapher „zwischen“ packen lässt. Die kahle Abstraktion, die am Ende übrigbleibt, ist die Absurdität des Anfangs: die „Tatsache der Verbundenheit“ – ein „Ding“, das weder als „Tatsache“ noch als der Begriff irgendeiner Tatsache irgendwo und irgendwie aufzufinden wäre, sondern nur den festen Entschluss signalisiert, „Gesellschaft“ erstens ohne jeden Inhalt und zweitens das als das konstituierende Prinzip alles Gesellschaftlichen zu „denken“. Ein Entschluss mit einer handfesten ideologischen Perspektive. Denn eines folgt daraus immerhin:

#### 3. Gesellschaft ist, dass es ohne sie nicht geht

Was nämlich geht ohne sie nicht? Das, worauf es nach soziologischer Lehre überall so furcht-

### Die ersten 100 Tage eines sozialen Präsidenten und seines neuen Brasilien

## Lula verspricht „Null Hunger“

Der „charismatische“ sozialistische Politiker und frühere Gewerkschaftsführer Luiz Inácio da Silva, genannt Lula, gewann die Stichwahl um das Präsidentenamt mit „überwältigenden 61%“ der Stimmen und eint das Land geradezu begeistert hinter sich.

„Seit dem Ende der Militärdiktatur hat kein Präsident so viel Zuversicht und Hoffnung unter den Brasilianern auslösen können wie derzeit Lula. Die Mehrheit der Brasilianer glaubt daran, dass es ihr unter dem neuen Präsidenten besser gehen wird. Schließlich ist Lula doch selbst in Armut aufgewachsen; er ist ‚einer von uns‘ und damit einer, der die Bedürftigen aus der Misere herausholt, der Arbeit gibt, der das Geld in der Lohntüte erhöht, der die Kinder in die Schule karren lässt und der mehr Ärzte einstellt.“ (NZZ, 26.3.03)

Mit seinem „Markenzeichen ‚Fome Zero‘“ (FAZ) versteht er es, auch das in Armut und Hunger lebende Viertel des Volkes für die Besetzung des höchsten Staatsamts zu interessieren und an den Staat heranzuführen. Ihm und allen wohlmeinenden Brasilianern bietet sein Hungerprojekt eine neue Version von Nationalstolz, wie er einem humanen Land ziemt: „Solange es einen Brasilianer oder eine Brasilianerin gibt, die Hunger leiden, gibt es mehr als einen Grund, uns dafür zu schämen.“ (Volksstimme, 9.1.03) Den Hungernden schenkt er Hoffnung – und der Nation das schöne Gefühl eines wahrhaften Miteinanders, wenn er „am 1. Januar unter dem Jubel der Massen und der Medien“ sein Amt mit dem heiligen Versprechen antritt, dass nächstens „jeder Brasilianer morgens Kaffee trinken, Mittags anständig essen und abends ohne Hunger ins Bett gehen kann.“ (FAZ, 2.4.)

Die internationale „financial community“ begleitet das alles mit höchstem Argwohn. Dem alten Klassenkämpfer traut sie eine „antikapitalistische Revolution“, ersatzweise ein „Moratorium der Staatsschulden“ zu, sie zieht Geld ab und bringt Brasilien wieder einmal an den Rand des Staatsbankrotts. „Die Panik an den Finanzmärkten drohte das Land in eine neue Rezession zu stürzen.“ (FAZ, 7.4.) Hundert Tage später ist Lula der Liebling der Finanzmärkte. „Er gewann nicht nur die Herzen des Volkes, sondern den Kredit von Banken und Unternehmern.“ (FAZ, 2.4.) „Der Real hat sich von seinem Tiefstand um mehr als 20% gefestigt. Seit Jahresbeginn fließen wieder Kredite ins Land, brasilianische Anleihen sind gefragt.“ (FAZ, 7.4.) Derweil warten die Hungernden immer noch auf eine warme Mahlzeit. Beides ist nicht verwunderlich bei dem Programm!

#### Ein erbärmliches Sozialprogramm...

Wenn der Chef eines Landes, in dem es Atomkraftwerke, eine Flugzeugindustrie und neueste

Informationstechnologie gibt, den hungernden Millionen seines Volkes verspricht, sie nicht zu vergessen, d.h. ihnen, weil sie zur Nation zählen und auch Brasilianer sind, ein paar Grundnahrungsmittel zu spendieren, dann zeugt das erstens davon, dass die schon längst vergessen sind; und zweitens davon, dass das auch so bleiben wird. Dieser gar nicht kleine Volksteil wird fürs kapitalistische Geschäftsleben des Landes nicht gebraucht und hat daher keinen Zugang zum vorhandenen Reichtum – offenbar noch nicht einmal zu den Krümeln dieses Reichtums, die von der Herren Tische fallen. Den Elenden verspricht der Staatschef Hungerhilfe und eben nicht die Schaffung von Lebensgrundlagen, mit denen sie sich selbst helfen könnten – noch nicht einmal die zynische kapitalistische Variante davon: Arbeitsplätze. Der großartige Beschluss des Präsidenten, dass die nutzlosen Volksteile wenigstens gefüttert werden sollen, unterstellt und unterschreibt als unabänderlich, dass der Reichtum, um den es im Lande geht, das Kapital und sein Wachstum, mit einem Viertel des Volkes nichts anfangen kann und nichts anfangen wird.

Das es auf die Marginalisierten unter keinem maßgeblichen nationalen Gesichtspunkt ankommt – außer eben dem aller abstraktesten: sie gehören auch irgendwie dazu! –, qualifiziert das Hungerprojekt zu bestenfalls einem Neben- und Unterpunkt brasilianischen Staatsmachens. Das hindert den sozialen Präsidenten aber nicht, es in seiner Antrittsrede an die erste Stelle der Agenda zu setzen. „Fome Zero“ ist die große soziale Überschrift über seine Präsidentschaft; an der Aufgabe soll sich sein Brasilien bewähren, für sie soll es zu ei-ner neuen nationalen Kraftanstrengung zusammenfinden. Alle anderen Staatsfunktionen, die das brasilianische wie jedes kapitalistische Gemeinwesen so braucht, rücken in den Hintergrund – in die Rolle von bloßen Mitteln der Hungerbekämpfung. Die allerdings sein müssen. Der gute Staat, auf den die Hungernden hoffen sollen, muss funktionieren, seine Reichtumsquellen mehren und seine Finanzkraft fördern – damit er all das Gute bewirken kann, das ihm der neue Präsident zur Aufgabe macht. Und das heißt nun einmal, sich zuallererst um die Bedürfnisse zu kümmern, von denen der Staat abhängt. Unter dem Titel, dass er für sein ideales Hauptziel viel Geld brauchen wird, macht Lula die Befriedigung der Ansprüche des internationalen Finanzkapitals zur praktischen Hauptaufgabe seiner Amtsführung. Er lässt sich sozusagen von seinem großen Null-Hunger-Ziel zu genau der Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitik beauftragen, die sein Vorgänger auch schon gemacht hat – und die immerhin der Grund für den massenhaften

bar ankommt, dass sich mehr dazu schon gar nicht mehr sagen lässt, nämlich das „als gesellschaftlich“. Eine Schlussfolgerung, die die Soziologie mit einem bedenkenlosen Mut zum Circulus vitiosus vertritt:

„Gesellschaft ... Allgemein die Bezeichnung für die Tatsache der Verbundenheit von Lebewesen (Menschen, Tiere, Pflanzen) überhaupt. Als menschliche Gesellschaft ein Gefüge von Menschen bzw. von menschlichem Handeln zur Befriedigung individueller und gemeinsamer Bedürfnisse; das mehr oder weniger dauerhafte und organisierte Zusammenwirken zur Erreichung bestimmter Ziele oder Zwecke. In diesem Sinne ist Gesellschaft zu verstehen als Rahmen, als System, als vorgegebene Struktur, worin der einzelne Mensch Orientierung und Ordnung, Regelmäßigkeit und Bedeutungsgehalte findet. Einhellig wird aufgrund der Forschungsergebnisse von Anthropologie und Ethnologie anerkannt, dass der Mensch (als gesellschaftliches Wesen, als soziokulturelle Persönlichkeit) ohne Gesellschaft nicht existieren kann.“ (Hartfiel)

Die soziologische „Ur-Tatsache der Verbundenheit“ wird hier ausformuliert zu einem Kompliment, das, wenn schon nicht über besagten „Gegenstand“, so um so deutlicher über die Denkweise der Disziplin Auskunft gibt. Jenseits aller tatsächlichen Zwecke und Inhalte menschlicher Gesellschaften – Menschenfreundliches gäbe es da verdammt wenig zu berichten! – soll der Leser sich Gesellschaft schlechthin als zweckmäßiges Mittel für allerlei den Individuen eigene Bedürfnisse vorstellen. Diese Vorstellung besitzt in ihrer Inhaltslosigkeit zugleich ihre Unwidersprechlichkeit:

Es wird ja gar kein Dienst benannt, den die Gesellschaft ihren Mitgliedern leistet – bei jedem Beispiel, das der gutwillige Zögling der Disziplin sich einfallen lassen mag, würde sich ernst genommen sehr schnell herausstellen, dass da keineswegs die „Tatsache der Verbundenheit“ verantwortlich zeichnet, sondern der Zwang lohnarbeitsrechtlicher Dienstverhältnisse, die Exklusivität des Eigentums, die Ansprüche einer um ihre Grundlagen besorgten öffentlichen Gewalt und Ähnliches Wirkungen zeigen, die in der Regel nicht ohne Zynismus als Dienst für jedermann aufzufassen sind. Für eben diesen Zynismus aber ist die Soziologie gut. Dass „der Mensch“ „als gesellschaftliches Wesen“ „ohne Gesellschaft“ nicht geht – mit dieser Tautologie verhilft diese Wissenschaft der Existenz jedweder Gesellschaft mit allen ihren Einrichtungen zu einem sehr prinzipiellen Schein unanfechtbarer zweckmäßiger Notwendigkeit. Dass es sie gibt, ist Beweis dessen, dass es ohne sie nicht ginge, d.h. dass Gesellschaft ganz prinzipiell nützt. Sie ermöglicht gesellschaftliches Leben. Gäbe es sie nämlich nicht, dann könnte der Mensch als soziales Wesen gar nicht existieren. Q.e.d.

Gerade ohne dass ein Soziologe ein spezielles Parteibuch besitzt, hat er so der ganzen Welt sein unerschütterlich grundsätzliches und grundsätzlich unerschütterliches Wohlwollen ausgesprochen – ein denkbar gelungener, sprich: untätiger Auftakt für eine freie Wissenschaft.

Hunger ist. So geht Sozialdemokratie auf brasilianisch!

... und seine Praxis

All den Fürsprechern der Armen, die das schäbige Hungerprojekt mit einem „Immerhin“ begrüßen und so „verstehen“, dass die Unternährten zuerst einmal essen müssten, ehe sie zur Schaffung eines ganz neuen Brasilien aufbrechen können, rechnet der soziale Präsident seine „Erst-Einmal“ vor, die dem Füttern der Hungernden vorzugehen haben, und ohne deren befriedigende Erledigung er ihnen nicht helfen kann.

Gleich nach der Verkündigung seines humanen Projekts schreibt er einen „Brief an das Volk“, in dem er „Unternehmern und Anlegern zusichert, alle unter vorherigen Regierungen geschlossenen Verträge einzuhalten. Auch an den mit dem IWF vereinbarten Zielen für die Haushaltspolitik werde er festhalten“ (FAZ, 7.4.) – ja sie überbieten, um schleunigst die internationale Geschäftsfähigkeit und dadurch die finanzielle Handlungsfähigkeit seines Staates wiederherzustellen. Den Erfordernissen des internationalen kapitalistischen Geschäftsverkehrs muss auf jeden Fall entsprochen werden – damit ein kapitalistisch potentes Brasilien eines Tages vielleicht so viel überschüssigen Reichtum hat, dass es den Armen Futter spendieren kann. Vorerst folgt aus der Sicherung der Voraussetzungen der guten Tat jedoch das Gegenteil. Um bei den Investoren Vertrauen zu stiften, betreibt die Zentralbank genau die „Hochzinspolitik, die Lula im Wahlkampf noch gegeißelt hatte.“ Wegen ihr „kommt die einheimische Produktion bisher nicht in Gang. Die Arbeitslosigkeit steigt, die Reallöhne sinken. ... Lula selbst wertet das neu erworbene Vertrauen der Finanzmärkte als bisher größten Sieg.“ (TAZ, 5.5.) Um einen primären Haushaltsüberschuss von 3,75% des BIP zu erzielen, den er dem IWF als Gegenleistung für einen neuen Kredit zugesichert hatte, muss er „sein Versprechen brechen, die Sozialausgaben von den geplanten Etat-Kürzungen auszunehmen. Letztlich entfiel sogar 1/3 der Sparsumme auf diesen Bereich.“ (HB, 25.2.) „So sollten bis zum Jahresende 60.000 Landlosenfamilien angesiedelt werden. Doch die Haushaltsmittel für die Entschädigungszahlungen an Großgrundbesitzer reichen nicht einmal um halb so viel Land umzuverteilen.“ (TAZ, 5.5.)

Alles ist eben wichtiger als der Hunger, alle kapitalistischen Ansprüche müssen zuerst be-

#### Fortsetzung Seite 3 Spalte 1 oben

### Sozialistische Gruppe Erlangen Nürnberg (SG)

c/o Sprecherrat, Turnstr.7, Erlangen

[www.sozialistischegruppe.de](http://www.sozialistischegruppe.de)

E.i.S.: V.i.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

**LULA VERSPRICHT  
„NULL HUNGER,“  
Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 Mitte**

dient, alle Erfordernisse der internationalen Konkurrenz zuerst erfüllt werden, ehe an die Bekämpfung der größten Not – Lulas Hauptziel – auch nur zu denken ist. Vom sozialen Großprojekt bleibt denn auch nur eines übrig:

**Ein Festival nationaler Mildtätigkeit**

Alle wirtschaftspolitischen Zwänge können den neuen Präsidenten aber nicht von seinem Anti-Hunger Engagement ablenken. Er gründet ein „Sonderministerium für Versorgungssicherheit und zur Bekämpfung des Hungers“ und fordert seine Minister auf, „mit ihren Ressorts zur Kampagne gegen Hunger und Armut beizusteuern“. (FAZ, 2.4.03) Nur wird nicht so recht klar, was das neue Ministerium genau tun soll und was die anderen Ministerien mit ihren hungerfernen Geschäftsbereichen überhaupt beitragen können: Mittel, die sie den Hungernden zukommen lassen könnten, bekommen sie ja nicht bewilligt. Dafür ruft der Mann mit der fast messianischen Popularität noch weitere Kräfte auf den Plan: Die „Zivilgesellschaft“ soll „ihre Kräfte einbinden – die Gewerkschaften ebenso wie die Unternehmer, die Frauenverbände, die Kirchen, die internationalen NGOs, die Forschung und Wissenschaft“ (FAZ, ebd.) Und weil diese Organisationen bekanntlich nur darauf warten, den Hunger endlich entschieden zu bekämpfen, hebt

**ZU KANZLER SCHRÖDERS  
„AGENDA 2010,“  
Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 Mitte**

abzurufen, wird immer *nötiger* und das Resultat immer *elender*. Anders gesagt: Es steigt die *systembedingte Armut* der Gesamtheit der Lohnabhängigen; also genau das Elend, für dessen *systemkonforme Bewältigung* der Sozialstaat einst erfunden worden ist.

Was ist los, wenn die Finanzierung dieser systemerhaltenden Veranstaltung „für die Arbeitnehmer zu einer kaum mehr tragbaren Belastung geworden ist“? Dann hat man es mit dem zynischen Konstruktionsprinzip des marktwirtschaftsgemäßen Sozialstaats zu tun. Der zieht nämlich das, was er den nicht benutzten Lohnabhängigen zuschustert, systematisch denen vom Lohn ab, die überhaupt noch einen kriegen; denen, die mit ihrer Arbeit und ihrem Lohn „der Wirtschaft“ ihr Wachstum erarbeiten, legt er den Lebensunterhalt auch aller anderen zur Last, für die keine andere Überlebenschance vorgesehen ist als die Lohnarbeit, die sie nicht haben. Nicht nur die sind zu progressiver Armut verurteilt; auch die, die noch das elende Glück haben, dass ein Arbeitgeber sie rentabel ausnutzt, werden um so mehr geschoren, je weniger von ihnen „die Wirtschaft“ für ihr Wachstum braucht.

Was ist los, wenn die „Lohnnebenkosten“ die „Arbeitgeberseite“ daran hindern, „mehr Beschäftigung zu schaffen“? Dann hat man es, *theoretisch* gesehen, mit einer glatten *Lüge* zu tun: Kapitalistische Unternehmer produzieren alles Mögliche, aber überhaupt keine „Beschäftigung“. Für ihr *Geschäft* kaufen sie so viel Arbeit, wie sie lohnend anwenden können. Sie leiden nicht darunter, dass das, was sich an Lohn für sie lohnt, vom Sozialstaat zu Lasten des Einkommens ihrer Dienstkräfte umverteilt wird. *Moralisch* gesehen liegt ein Fall von *Frechheit* vor: Erst erzeugt das kapitalistische Geschäftsleben den großen Haufen Bedürftigkeit, für die die Lohnarbeiter mit ihrem Verdienst mit aufkommen dürfen; dann rechnen die Ideologen und Lobbyisten dieses Geschäftslebens das Geld, das der Sozialstaat zwecks Unterhalt der bedürftigen Gesamt-Mannschaft aus den Einkommen der Lohnabhängigen herausquetscht, aus dem Preis, den die Arbeitgeber für Arbeit zahlen, einfach heraus und beschweren sich darüber, dass diese Summe ja offensichtlich gar nicht für den Zweck verausgabt wird, für den sie doch bloß gezahlt wird, nämlich für rentable Arbeit. Damit ist auch schon, *praktisch* gesehen, der *Zweck* des Schwindels klar: Es geht um nichts als pure *Lohnsenkung*. Die Arbeitgeber wollen *sich* das sparen, was ihren *Arbeitnehmern* sozialstaatlich weggenommen wird; was nämlich der Sozialstaat an sich nimmt, um aus einem Entgelt, das für ein ganzes Leben respektive für die Gesamtheit der Lohnabhängigen nicht reicht, trotzdem einen Lebensunterhalt für alle

erst einmal eine große nationale Debatte an. Experten und runde Tische stellen sich den drängenden Fragen: Wer gehört überhaupt zu den Bedürftigen und wie viele gibt es? Was bedeutet „Null Hunger“: „Nahrungspakete verteilen, Bargeld ausgeben, Schulstipendien einräumen oder Arbeitsplätze schaffen?“ (FAZ, ebd.) Unterdessen wird schon mal stellvertretend gegessen – Lula besucht ausgewählte, abgelegene arme Dörfler und lässt sie für die Kamera vor ihren Wellblechhütten mampfen – oder auch nach dem Rotationsprinzip: „Brasilianer, die essen, helfen den Hungernden“ (Motto der Kampagne). Der ganze soziale und nationale Aufbruch läuft darauf hinaus, dass die „Zivilgesellschaft“ – nicht zum ersten Mal – mit privaten Spenden die Not lindern soll, die der vernünftig wirtschaftende Staat leider nicht beheben kann. Die Brasilianer täuschen sich nicht einmal groß über die Natur des guten Werkes; richtig Ärger gibt es nur, als bekannt wird, dass „das Ministerium noch kein Spendenkonto eingerichtet (hat)“, so dass Gisèle Bündchen, das „blonde brasilianische Starmodel“, seinen unter „zuckenden Kamerablitzern“ unterschriebenen Scheck nicht korrekt ausfüllen kann. Den mächtigsten Beitrag zu „Null Hunger“ leistet der Jazz-Sänger Gilberto Gil, seines Zeichens Weltstar und neuer Kulturminister. Er erhebt das Projekt zum nationalen Kultur-Event, singt und tanzt zusammen mit Kollegen und gibt in der Sprache des Bossa Nova seinen Hoffnungen einen schönen Ausdruck: Lula möge „ihnen wenigstens nicht die Vision einer besseren Zukunft nehmen. Und

respektive für ein ganzes Leben zu verfertigen. Das alles gilt in zugespitzter Form, wenn in Bezug auf diese Unterhaltskosten von „Kosten“ die Rede ist, die „dem Faktor Arbeit“, aufgebürdet werden – zugespitzt insofern, als da die Belastung der Leute, denen ihr Einkommen gekürzt wird, direkt ineins gesetzt wird mit den Kosten, über die die Arbeitgeber seufzen, weil ihr Gewinn und ihr Unternehmenswachstum sie glatt einen Preis für Arbeit kostet. Die Lohnarbeiter selber sollen für ihre eigene Verbilligung Partei ergreifen; nämlich für ihre Verbilligung um den Geldbetrag, den sie selber bzw. ihresgleichen notwendig brauchen, weil sie nicht bloß von einem Arbeitstag auf den andern, sondern ihr ganzes Leben lang, auch wenn kein Arbeitgeber für sie mehr etwas übrig hat, vom verdienten Arbeitsentgelt leben müssen.

Die Zuspitzung liegt aber vor allem darin, dass hier nicht ein freischaffender Vernebelungskünstler einen seiner standardisierten Textbausteine von sich gibt. Der souveräne Blick auf die Lohnkosten, der den kleinen Unterschied zwischen denen, die sie zahlen, und denen, die davon leben müssen, gar nicht zur Kenntnis nimmt, kennzeichnet den Standpunkt einer nationalen Kapitalstandort-Verwaltung, die in den Lohnabhängigen der Nation sowieso in erster und letzter Linie den „Faktor Arbeit“ sieht, der gar nicht billig genug sein kann. Es geht um die hochoffizielle, regierungsamtliche Ansage eines sozialdemokratischen Bundeskanzlers, wie und in welchem Sinn er den Sozialstaat „durchgreifend“ zu verändern gedenkt, um dessen „Substanz zu erhalten“. Was ist also los, wenn die *politischen Herren* des Sozialstaats *praktisch ernst* machen mit dem Standpunkt der *Arbeitgeber*, wonach alle Teile des Lohns, die sozialstaatlich umverteilt werden, eine Kostenlast sind, die *ihnen* nicht mehr zuzumuten ist?

Dann stellen die Retter des Sozialstaats dessen elende „Logik“ auf den Kopf. Sie ziehen aus dem wachsenden Elend in ihrem Laden, dem mit der verdienten Lohnsumme immer schlechter beizukommen ist, den radikalen Schluss, dass *die Armut* nicht etwa zu groß, sondern *zu teuer* ist. Sie beschließen, dass ihr großartiges Gemeinwesen sich die wachsende Armut sehr wohl, deren Finanzierung aber nicht mehr leisten kann. Wenn die Finanzen der Sozialkassen den Folgen des kapitalistischen Fortschritts, der Zunahme der systemnotwendigen Bedürftigkeit, nicht mehr gewachsen sind, dann muss nicht an dieser Konsequenz, geschweige denn an der „Logik“ des kapitalistischen Fortschritts selber etwas geändert werden; dann muss man sich vielmehr „ehrlicherweise“ eingestehen, dass der sozialstaatliche Versuch, mit der zunehmenden Bedürftigkeit systemkonform fertig zu werden, *gescheitert* ist; und man muss sich zu dem *Entschluss* durchringen, diesen Versuch *nicht mehr fortzusetzen*, jedenfalls nicht mehr wie

diese ‚Sisyphos-Vision‘ heißt ‚Null Hunger‘“ (ebd.)

**Begeistertes Lob und neue Forderungen vom internationalen Finanzkapital**

Sozialisten wie den Präsidenten Lula mögen die Finanziers. Sie loben ihn für die „Orthodoxie“, mit der er „auf die gewöhnlichen Rezepte der Geld- und Fiskalpolitik zurückgreift“ (El País, 10.4.), noch mehr aber für sein Geschick, diese Orthodoxie seiner Arbeiterpartei ohne erkennbaren Widerstand als einzig gangbaren Weg in eine sozialere Zukunft aufzudrücken: „Es ist, als ob die ganze Nation einen Kurs in Nationalökonomie belegt hat, und eingesehen hat, dass man nur ausgeben kann, was vorher in die Kasse gekommen ist“. (FAZ, 2.4.) Dann aber gehen die zynischen Profis von IWF und Presse zu kollegialen Warnungen über: So sehr sie sich darüber freuen, dass die blöden Brasilianer ihrem Präsidenten das ideelle Staatsziel „Null Hunger“ als guten Sinn seines kapitalistischen Realismus durchgehen lassen, so sicher sind sie sich auch, dass das nicht lange gut gehen wird. Sie beglückwünschen Lula zu seiner großen Popularität und ermahnen ihn, rechtzeitig davon zugunsten der eigentlichen Staatsaufgaben Gebrauch zu machen – nämlich solange die Massen ihr Vertrauen noch auf „ihren“ Präsidenten setzen und sich die Härten der „echten Reformen“ gefallen lassen, die internationale Investoren in ihrem Interesse und im Interesse des brasilianischen Kapitalstandorts fordern: „Vor allem müssten die Reformen schnell vorankommen,

bisher – damit es mit dem Grund des ganzen Elends weitergehen kann. Es braucht nicht einmal viel, um diesen Entschluss wie einen logisch fälligen Schluss aussehen zu lassen; einem Kommentator der ‚Süddeutschen Zeitung‘ fließt der kleine Schwindel wie von selbst aus der Feder: „Der deutsche Sozialstaat hat trotz seiner jährlichen Milliardenausgaben nicht verhindern können, dass weit mehr als viereinhalb Millionen Menschen ohne Arbeit sind – und rund die Hälfte von ihnen dauerhaft.“ (SZ, 1.4.) Dafür ist der Sozialstaat wirklich nicht erfunden worden, und dafür sind die vielen Milliarden auch nicht umverteilt worden: um die Wirkungen der kapitalistischen Bewirtschaftung des „Faktors Arbeit“ zu *verhindern*; dafür müsste man schon den Kapitalismus selbst „verhindern“. Dies jedoch – im Sinne alter frommer Lügen über die Segnungen bürgerlich-sozialdemokratischer Sozialpolitik, die würde das Elend quasi ungeschehen machen – einfach mal unterstellt, ist das „Scheitern“ des Sozialstaats offenkundig: Das Elend gibt es „trotzdem“ – und das spricht eben nicht gegen dessen wirkliche Ursache, den Umgang des Kapitals mit seiner menschlichen Quelle, und auch nicht gegen den Zynismus der Sozialpolitik, die dieses Elend mit all ihren Umverteilungskunststücken nur fort schreibt, sondern gegen die Milliarden, die dafür heringeschoben werden – und dafür, sie „der Wirtschaft“ zu *ersparen*. Wer „die Substanz des Sozialstaats erhalten“ will, muss ihn daher von der ohnehin unerfüllbaren Aufgabe entlasten, dem tatsächlich gezahlten Preis für Arbeit noch wie bisher den Lebensunterhalt für alle davon Abhängigen abzurufen.

**4.**

Ein *Versprechen* ist mit diesem Rettungsprogramm immerhin verbunden: Damit wäre ein „Hindernis“ für die Arbeitgeber aus der Welt, „mehr Beschäftigung zu schaffen“. Dieses Versprechen enthält ein ehrliches Element: Daran, dass alle Lohnabhängigen vom national gezahlten Lohn leben müssen und dass der auf alle Fälle sinkt, führt auch weiterhin kein Weg vorbei; die Regierung jedenfalls ist entschlossen, diese Summe um Teile dessen, woraus sie bislang das Überleben ihres lohnabhängigen Fußvolks hat bestreiten lassen, *abzusenken* – als hätte sie bisher die Überlebenshilfe für überflüssige und ausrangierte Arbeitskräfte *den Arbeitgebern* in Rechnung gestellt. Dass die Arbeitgeber ihrerseits mit dem gesparten Geld nichts Besseres anzufangen wüssten, als einfach mehr Arbeiter einzustellen, gehört allerdings ins Reich der politischen Albernheiten. Kapitalistische Unternehmer investieren im Interesse ihres Konkurrenz Erfolgs allemal vor allem in die *effektivere Ausbeutung* der Leute, die sie notgedrungen bezahlen müssen, womit sie sich gleich die gesamten Ausgaben für den Teil ihres Personals ersparen, den sie dadurch über-

mahnt Bezerra (ein Analyst), bevor Lula seine derzeit noch hohe Popularität verliere. Schon jetzt machen sich erste Zeichen der Ernüchterung in der Bevölkerung bemerkbar.“ (FAZ, 7.4.) Nicht ohne Ironie knüpfen die internationalen Ratgeber an Lulas soziale Rhetorik an und entlarven seinen Hunger-Feldzug als ungeeignet, dem Volk eine Lebensgrundlage zu verschaffen – „allein (!) mit Essensgaben werden 44 Millionen Menschen nicht von der extremen Armut befreit werden können.“ (FAZ, 7.4.) – nur um an die absolute Bedingung zu erinnern, unter der im Kapitalismus Lebenschancen entstehen und vermehrt werden: Brasilianische Arbeit muss sich fürs internationale Kapital lohnen – und zwar viel mehr als bisher. Millionen Hungernde sind der lebendige Beweis ihrer mangelnden Rentabilität. Um diese Not zu wenden, braucht es statt schwachbrüstiger Hungerhilfe „Strukturreformen“, die Elend und Hunger vermehren: „Die Begrenzung der Pensionsansprüche, das Durchforsten des Steuerwirrwars, die Reduktion der Abgabenlast durch verstaubte Arbeitsgesetze und die Senkung der horrenden Lohnnebenkosten.“ (ebd.)

Schon jetzt ist klar, dass die Brasilianer die Quittung bekommen werden für die demokratische Reife, all ihre Hoffnung auf ein besseres Leben auf bessere Herrschaftsfiguren, auf einen guten Regenten, einen ‚Präsidenten des Volkes‘ zu setzen. Die internationalen Medien spekulieren ja längst darüber, wie die Massen diese Quittung verdauen. Radio Lora vom 19.05.2003

flüssig machen und entlassen. Was sie sich einen spitzenmäßig „rentablen Arbeitsplatz“ kosten lassen, ist mit ein paar eingesparten „Lohnnebenkosten“-Prozenten sowieso gar nicht zu bezahlen. Mit denen verdienen sie einfach mehr, verfügen über mehr Manövriermasse für ihren Konkurrenzkampf, der dann mit tödlicher Sicherheit wieder ein paar Kräfte überflüssig macht.

Entscheidend ist aber ohnehin nicht die verlogene Verheißung, aus einer um ein paar eingesparte Lohnkosten verbesserten Unternehmensbilanz würde unweigerlich ein vermehrter Bedarf „der Wirtschaft“ an „Beschäftigung“ ersprießen. Entscheidend ist der amtliche Beschluss, dem überkommenen Umverteilungs-Elend den sozialpolitischen Grundsatz entgegenzusetzen: „Sozial ist, was Arbeit schafft“ – dass die Christsozialen diesen Spruch aufgebracht haben, zeigt nur, wie einvernehmlich da eine neue soziale Staatsräson eingeführt wird. An das elementare kapitalistische Faktum, dass niemand anders als „die Wirtschaft“ „Arbeit schafft“, und zwar genau so viel, wie das angewandte Kapital für sein Wachstum braucht, rührt diese Maxime nicht; sie umkleidet alle Härten der Abhängigkeit des Lohns vom Wachstum vielmehr mit dem schönen Schein, der der Vokabel „sozial“ noch anhaftet. Wenn bisher aber die Folgeschäden dieses elementaren Faktums noch als – natürlich unveränderliche, quasi gottgegebene – Tatbestände zur Kenntnis genommen wurden, um deren „Bewältigung“ eine Politik des „Sozialen“ sich zu kümmern hätte, dann gilt heute und regierungsmäßig ab sofort der umgekehrte Zusammenhang: Das Kapital mit seinem Wachstum ist das einzige Heilmittel für alle „sozialen“ Schäden, mit denen der überkommene Sozialstaat angesichts der schrumpfenden Lohnsumme nicht mehr gut fertig wird; seine Umverteilungskunststücke, genauer: die Unkosten, die dadurch entstehen und aus der knappen Lohnsumme gar nicht mehr zu decken sind, gehören im Gegenteil selber zu den sozialen Schäden, ja *sind* überhaupt *der* soziale Schaden, gegen den nichts als kapitalistisches Wachstum hilft. Der Aufwand für die systemgemäße Regulierung der Folgeschäden kapitalistischer Ausbeutung ist nicht bloß sinnlos und der Sozialstaat insofern gescheitert; er ist selber, dies die „Räson“ der neuen deutschen Sozialpolitik, *Ursache der Übel*, für deren Bekämpfung er einmal vorgesehen war.

Wenn diese Umdrehung des überkommenen Sozialstaats-Zynismus, die vom Kapital Geschädigten für ihren eigenen Schaden zahlen zu lassen, einmal feststeht, dann ergibt sich die Antwort auf die rhetorische Kanzler-Frage ganz von selbst:

„Wir müssen auch über das System unserer Hilfen nachdenken und uns fragen: Sind die sozialen Hilfen wirklich Hilfen für die, die sie brauchen?“ (S.8)

Fortsetzung Seite 4, Spalte 1 oben

## ZU KANZLER SCHRÖDERS „AGENDA 2010,“

Fortsetzung von Seite 3 Spalte 4 unten

Klar sind es welche: Der Bedürftige bekommt immerhin Geld, das er zum Überleben braucht, aber nicht hat. Und selbstverständlich sind es keine wirklichen Hilfen: Aus dem Elend der Lohnabhängigkeit, also der Abhängigkeit davon, dass man mit Lohn und Leistung einem Kapitalisten lohnende Dienst leisten muss und noch nicht einmal dafür eine Gewähr hat, hilft das „System unserer Hilfen“ überhaupt nicht heraus – soll es ja auch gar nicht; im Gegenteil. Aber das ist natürlich überhaupt nicht gemeint. Schröder spricht den zunehmend erbärmlichen Unterstützungszahlungen des Sozialstaats den Charakter von Hilfen ab, um deren Streichung zur eigentlichen „sozialen“ Hilfe zu erklären und die künftige Sozialpolitik auf diesen Standpunkt festzulegen. Der Grundsatz lässt sich dann natürlich an jeder Unterabteilung von Sozialfällen durchexerzieren, die die bisherige christlich-sozialdemokratische Sozialpolitik geschaffen hat. Z.B. so:

„Ich akzeptiere nicht, dass Menschen, die arbeiten wollen und können, zum Sozialamt gehen müssen, während andere, die dem Arbeitsmarkt womöglich gar nicht zur Verfügung stehen, Arbeitslosenhilfe beziehen.“

Müssen überflüssig gemachte Arbeitswillige in Zukunft etwa nicht mehr „zum Sozialamt gehen“, wenn ihre definitiv ausrangierten und auch willensmäßig unbrauchbar gewordenen Kollegen vom Arbeitsamt kein Geld mehr kriegen? Natürlich müssen sie auch dann noch dort hin, um sich das Lebensnotwendige abzuholen. Aber das wird auf alle Fälle dann schon viel ‚akzeptabler‘, wenn der Sozialstaat sich zu der sozialen Tat durchringt und *den ändern* die reguläre Hilfe *wegnimmt*. Denn *die* bekommen auf alle Fälle *zuviel* Geld für das, was sie im Kapitalismus noch wert sind; und damit hat der Kanzler ‚Akzeptanzprobleme‘. Ebenso mit folgendem Skandal:

„Ich akzeptiere auch nicht, dass Menschen, die gleichermaßen bereit sind zu arbeiten, Hilfen in unterschiedlicher Höhe bekommen.“ Und was folgt daraus? „Wir brauchen deshalb Zuständigkeiten und Leistungen aus einer Hand. Damit steigern wir die Chancen derer, die arbeiten können und wollen“ – wie auch immer das gehen soll. „Das ist der Grund, warum wir die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe zusammenlegen werden, und zwar einheitlich auf einer Höhe, ... die in der Regel dem Niveau der Sozialhilfe entsprechen wird.“ Womit schon wieder bewiesen wäre, dass den hilfsbedürftigen Arbeitslosen nur dadurch „wirklich“ zu helfen ist, dass man Hilfen, in dem Fall auch die für sie selber, zusammenstreicht.

Und so weiter. An jeder überkommenen Unterstützungsmaßnahme setzt Schröders „Agenda 2010“ an, um daran die zynische Gleichung von mehr Armut und Existenzunsicherheit auf der einen Seite, größerer Erwerbchance auf der anderen Seite durchzusetzen. Und wenn diese Gleichung nur nach der einen Seite hin aufgeht; wenn weder die Reform der Bundesanstalt für Arbeit noch die Umsetzung des Hartz-Modells oder die „Deregulierungen“ auf dem Arbeitsmarkt mit befristeten Arbeitsverhältnissen und einem „Niedriglohnssektor“ auch nur die geringsten „Beschäftigungseffekte“ zeitigen; wenn sich an den sozialdemokratisch verwalteten proletarischen Arbeits- und Lebensverhältnissen also wieder einmal nur die durch sozialdemokratische Sozialreformen angeblich längst überwundene Marx'schen „Verelendungstheorie“ bewahrt: dann spricht das überhaupt nicht gegen Schröders neues sozialdemokratisches „Konzept“, geschweige denn für den nahe liegenden Schluss, dass „die Wirtschaft“ längst über mehr als genügend Billigarbeitskräfte für ihre Wachstumsbedürfnisse verfügt. Wenn alle Maßnahmen nicht „greifen“, dann spricht das vielmehr für eine einzige Konsequenz: *Weiter so!*

„Wir haben feststellen müssen, dass diese Schritte nicht ausreichen. Vor allem reicht auch die Geschwindigkeit, mit der wir unsere Strukturen den veränderten Bedingungen anpassen, nicht aus. Das ist der Grund, warum wir bei den Veränderungen weitergehen müssen.“

### 5.

Der „Umbau“ des Sozialstaats muss sein, weil er anders gar nicht mehr funktioniert. Das Elend der Sozialkassen ist der unwiderlegliche Beweis, dass, Sozialpolitik hin oder her, der Lebensunterhalt der lohnabhängigen

„Klasse“ aus dem im Dienste kapitalistischer Wachstumserfolge verdienten Lohn einfach nicht zu bestreiten ist; also soll man das auch gar nicht mehr probieren; denn dann schmälert man nur den Profit, den das Kapital doch für sein erfolgreiches Wachstum braucht. Der Sozialstaat wird damit keineswegs überflüssig. Dessen Gewalt ist im Gegenteil unverzichtbar: Wer sonst sollte die Rückkehr zu den schlichten Grundprinzipien des Kapitalismus durchsetzen in unserer komplizierten Welt?

„Es liegt doch auf der Hand, dass eine Gesellschaft wie die unsere eine wirklich gute Zukunft nur als Sozialstaat haben kann. Anders als in einem Sozialstaat lässt sich Zusammenarbeit in komplexen Ordnungen, in einer Gesellschaft, in der sich der Altersaufbau, die Art und Dauer der Arbeitsverhältnisse, aber auch die kulturellen Gegebenheiten dramatisch verändern, gar nicht organisieren.“

Soziologisch einigermaßen verquast, aber letztlich dann auch wieder ganz verständlich bringt der Kanzler den Sozialstaat als unverzichtbares Herrschaftsinstrument in Erinnerung: Wo es so viel zu „organisieren“ gibt in der Welt der Arbeit, wäre es völlig abwegig, wollte der Staat sich ausgerechnet des Stücks Macht entledigen, das er sich als Hüter der Sozialkassen mit Verfügungsgewalt über einen beträchtlichen Anteil des nationalen Lohns verschafft hat. Es gilt diese Verfügungsgewalt *richtig zu gebrauchen* – so eben, dass der Lebensunterhalt der lohnabhängigen Massen auf das Maß der Geldsumme zurückgeschraubt wird, die das Kapital sich seinen Zugriff auf die „Zusammenarbeit in komplexen Ordnungen“ allenfalls kosten lassen will.

Es sind aber nicht bloß die uralten Imperative der ‚dramatisch veränderten‘ kapitalistischen Klassengesellschaft, die diesen Fortschritt gebieten. Schröder hat ein noch viel höherrangiges Ziel vor Augen, von dem seine Regierung „eine wirklich gute Zukunft“ der Nation nicht bloß abhängig weiß, sondern mit aller Tatkraft *abhängig macht*. In einem imperialismus-theoretischen Exkurs, den er sich und seiner Nation nicht nur aus aktuellem Anlass – „einige deutliche Worte zur Krise in und um den Irak ...“ – schuldig zu sein meint, erläutert er, was „die Rolle Deutschlands in Europa und Europas in der Welt“ mit dem Lebensunterhalt der arbeitenden Klasse daheim zu tun hat. Bindeglied ist „die Wirtschaftskraft“, mit der Deutschland in und mit Europa imperialistisch vorankommen will, von der aber auch „unser soziale Möglichkeiten“ abhängen:

„Wir werden sowohl unsere Verantwortung als auch unsere mitgestaltende Rolle in einer multipolaren Weltordnung des Friedens und des Rechts nur dann umfassend wahrnehmen können, wenn wir das auf der Basis eines starken und geeinten Europas tun. Es geht um die Rolle Europas in der internationalen Politik. Aber es geht auch um die Unabhängigkeit unserer Entscheidungen in der Welt von morgen. Beides – auch das ist Gegenstand dieser Debatte – werden wir nur erhalten können, wenn wir wirtschafts- und sozialpolitisch beweglicher und solidarischer werden, und zwar in Deutschland als dem größten Land in Europa, was die Wirtschaftskraft angeht, und damit natürlich auch in Europa. Diesen Zusammenhang zwischen unseren wirtschaftlichen und damit auch sozialen Möglichkeiten einerseits und unserer eigenen Rolle in Europa und Europas in der Welt andererseits, darf man nicht aus den Augen verlieren; denn er ist für uns und unsere Gesellschaft genauso wichtig wie für unsere Partner in Europa.“

Insgesamt sehr übersichtlich, was die Hierarchie der Gesichtspunkte anbelangt. Ganz oben in der Liste der Prioritäten steht für den Kanzler die „Unabhängigkeit unserer Entscheidungen in der Welt von morgen“. Er nennt ja keine Namen, wer die eigentlich gefährdet. Klar aber ist auch so, dass die nur in einer „multipolaren Welt“ gegeben ist, in der nicht nur Amerika über Krieg und Frieden auf dem Globus entscheidet und Recht und Unrecht in der Staatenwelt definiert. Also gilt es, sich entsprechend aufzustellen und als Macht zu etablieren, die das auch kann. Dem Kanzler ist völlig klar, dass diese Macht nur Europa heißen kann; nur auf der „Basis“ kommen „wir“ weiter. Dem Kanzler ist aber auch klar, dass dieses ehrgeizige Projekt nicht zuletzt eine Frage der ökonomischen Potenzen, der nationalen „Wirtschaftskraft“ ist, und in dem Zusammenhang fällt das Stichwort ‚sozial‘ das erste Mal. Es ist nämlich so, dass diese Wirtschaftskraft, die für mehr imperialistische Größe eingespannt werden soll, also freigesetzt werden muss, ein gewisses „solidarisches“ Verhalten auf Seiten derer voraussetzt, die

Die SG veranstaltet regelmäßig am letzten Mittwoch des Monats einen Diskussionstermin. Näheres unter: [www.sozialistischegruppe.de](http://www.sozialistischegruppe.de)

## Das Völkerrecht

Mit dem Beschluss, einen „Präventivkrieg“ gegen den Irak zu führen, noch dazu unabhängig von einer Beauftragung durch UNO und Weltsicherheitsrat, haben sich die USA in den Augen vieler Fans rechtsförmiger Beziehungen zwischen den Staaten eines „Bruchs des Völkerrechts“, schuldig gemacht.

Die USA haben das bekanntlich andersherum gesehen. Dass sie ein „Recht auf Krieg“, und im speziellen Fall auch ein Recht auf „Präventivkrieg“, haben, stand für sie so fest, dass sie umgekehrt ihren Kritikern vorhielten, das Völkerrecht und seine Geltung nicht ernst genug zu nehmen.

Mit dem erfolgreichen Krieg der USA gegen den Irak ist diese Streitfrage offenbar irgendwie entschieden, jedenfalls irrelevant geworden und von der politischen Tagesordnung verschwunden.

**Da stellt sich die Frage: Was hat es mit dem Völkerrecht als System internationaler Legitimität, auf das sich alle Staaten berufen, eigentlich auf sich, wenn sich darauf rechtsbewusste amerikanische Präventivkrieger genauso stützen können wie ihre europäischen Kritiker und wenn dieser Rechtsstreit durch eine amerikanische Gewaltaktion auch wieder erledigt ist?**

Diese und weitere Fragen können geklärt werden bei der

## Diskussion

am Mittwoch, 25. Juni 2003, 20.00 Uhr

im Gebäude des Sprecherrats, Turnstr. 7 (1. OG), Erlangen

Geklärt wird dabei sicher auch, warum es eine Unsitte ist, staatliche Gewaltaktionen immer nur darauf hin zu besichtigen, ob „die das (völkerrechtlich) dürfen,“ statt sich einmal klarzumachen, welcher Art die Interessen sind, die Staaten dazu treiben, „das,“ zu tun.

maßgeblich am Zustandekommen derselben beteiligt sind – indem sie sie nämlich *erarbeiten*. Es ist eigentlich ganz einfach, und der Kanzler erläutert diesen Zusammenhang in seiner Rede rund ein halbes Dutzend Mal: Es muss mehr gearbeitet werden, damit mehr in die nationalen Kassen Deutschlands und seiner europäischen Partner kommt; und damit mehr gearbeitet wird, müssen die sozialen Standards gekippt werden, mit deren Aufrechterhaltung der Sozialstaat nur den Kostenfaktor Arbeit unnötig verteuert – „und zwar in Deutschland als dem größten Land in Europa und damit natürlich auch in Europa“. Erst recht gilt dieser Zusammenhang „natürlich“, wenn die nationale Wirtschaftskraft an einer „Wachstumsschwäche“ leidet – den Zustand kann eine Nation mit solchen Ambitionen schon gleich nicht hinnehmen; was umgekehrt aber keineswegs heißt, dass der Kanzler nur ein krisenbedingtes Notprogramm auf den Weg bringen will. Er will neue soziale Standards etablieren – für die gute Sache, in deren Dienst er seine Politik stellt: für ein starkes Deutschland in einem geeinten Europa mit souveränen Weltordnungskompetenzen. Aus all dem ergibt sich dann zwanglos – gerechterweise an letzter Stelle seiner nationalen Prioritätenliste –, wie es um „unser soziale Möglichkeiten“ bestellt ist. Damit hat man die gültige Positionsbestimmung dessen vor sich, was Sozialpolitik heute ist: Wahrhaft soziale Politik betrachtet und behandelt den sozialstaatlich organisierten Lebensstandard der lohnabhängigen Massen konsequent als *Mittel für den gesamtwirtschaftlichen Konkurrenzserfolg der Nation*. Und warum der sein muss, steht sowieso außer Frage – siehe oben. Oder wie schon einmal ein deutscher Kanzler gewusst hat: Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein.

### 6.

Und die Nation? Dass die mit Schröders „Agenda“ zufrieden wäre, lässt sich nicht behaupten. Das Programm geht nicht weit genug; es geht zu weit; es nimmt immer noch zu viel Rücksicht auf die Gewerkschaften; es ist sozial unausgewogen... Aber es geht über die Bühne. Und zwar aus einem einzigen schlichten Grund: Der *soziale Frieden*, den der Kanzler den Gewerkschaften *aufkündigt*, hält. Die Betroffenen kündigen ihn nicht. Die sind längst daran gewöhnt, ihre Unzufriedenheit von der ‚Bild‘-Zeitung erledigen, ihre Interessen von national verantwortlichen Gewerkschaften vertreten und sich von den politisch Zuständigen ihre Belange samt den dazu passenden Deutungen vordiktieren zu lassen – und sich ansonsten nach jeder Decke zu strecken. Und diese schlechte Gewohnheit geben sie auch jetzt nicht auf. Das nutzt der Kanzler aus. Er ist sich sicher: Dieses Volk nimmt es hin, wenn er ihm die Unvereinbarkeit seines bisherigen sozialstaatlich arrangierten Lebensunterhalts mit einem funktionierenden Kapitalismus und einem ehr-

geizigen Imperialismus deutscher Nation vorknallt und ihm eine kleine ‚Revolution von oben‘ zumutet: den gründlichen Verzicht – nicht auf Kapitalismus und deutsche Größe, nicht auf die Opfer, die das kostet, sondern auf seinen sozialstaatlich arrangierten Lebensunterhalt.

Das einzige, was fehlt – und was vor allem dem Kanzler fehlt, woran nämlich das geehrte Volk es fehlen lässt: das ist die *rechte Begeisterung*. Und nicht einmal die unterbleibt deswegen, weil das Programm der modernen deutschen Sozialdemokratie so unverschämte und zynisch ist, wie es eben ist. Zur rechten Stimmung fehlt, bis auf weiteres jedenfalls, nichts weiter als der *durchschlagende Erfolg – der Nation und für die Nation*. Damit ist das demokratische Publikum unzufrieden – weil das *an ihm* nämlich *nicht* liegt. In ihrer Eigenschaft als Schröders Manövriermasse lassen die Deutschen es wirklich an nichts fehlen.

Als solche werden sie dann allerdings reichlich bedient. Im Verein mit der Öffentlichkeit, die *diese* Unzufriedenheit bespricht und pflegt, darf das Volk sich den Fragen des Gelingens widmen: Ob die Gewerkschaften sich über den Streit, wie viel Einspruch gegen und wie viel Zustimmung zum Regierungsprogramm sie sich schuldig sind und leisten können, endgültig zerstreiten; wie die SPD-„Rebellen“ vom Kanzler zur Raison gebracht werden und wie viel Ergänzungen zur und Retuschen an der ‚Agenda 2010‘ dafür nötig bzw. verträglich sind – wie gut es also dem Kanzler gelingt, die neuen staatlichen Regelungen der Lohnarbeiterarmut und das dazu passende ‚Umdenken‘ – insbesondere in seiner eigenen Partei – über die politische Bühne zu bringen. Das ist doch allemal wichtiger und interessanter als der materielle Gehalt des beschlossenen nationalen Vorhabens, das da demokratisch umgesetzt wird. Für weitere Aufregung ist also gesorgt...

Nachdruck aus:

### GEGENSTANDPUNKT 2-03

Im Buchhandel erhältlich:  
Ex Libris, Bismarckstr. 9, 91054 Erlangen  
Bahnhofsbuchhandlung Schmidt & Hahn,  
Bahnhofspl. 9, 90459 Nürnberg,  
Die Bücherkiste, Schlehengasse 12,  
90402 Nürnberg  
Hugendubel, Ludwigspl. 1,  
90403 Nürnberg  
Rüssel, Frankenzentrum, Glogauerstr.  
38, 90473 Nürnberg  
Bestellungen beim GEGENSTANDPUNKT-  
Verlag, Türkenstr. 57, 80799 München  
Tel.: 089/272 16 04; Fax: 089/272 16 05  
Email: [gegenstandpunkt@t-online.de](mailto:gegenstandpunkt@t-online.de)  
Internet: [www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com)

Inhaltsverzeichnis und einige Artikel zum Herunterladen: <http://www.gegenstandpunkt.com/gs/03/2/inh032.htm>

Die wöchentlichen Analysen der Redaktion des *Gegenstandpunkt* in Radio Lora können nachgelesen werden unter:  
<http://gegenstandpunkt.lora924.de>